

Verschuldung des Landes und Auswirkungen auf den Haushalt

Die Aufnahme von Krediten durch das Land ist in Artikel 117 der Landesverfassung geregelt. Danach dürfen die Einnahmen aus Krediten die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten. Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Diese Neufassung durch das 21. Landesgesetz zur Änderung der Landesverfassung vom 20. Dezember 1971 war im Zuge der Haushaltsrechtsreform notwendig geworden, um den Zielen einer anti-zyklischen Fiskalpolitik gerecht werden zu können. Nach der davor gültigen Verfassungslage durften Kredite nämlich nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken aufgenommen werden. Dieser objektbezogene Deckungsgrundsatz wurde aufgegeben und durch eine Regelung ersetzt, nach der Kreditaufnahmen unabhängig von der Art der damit finanzierten Ausgaben zur Deckung solcher Ausgaben zulässig sind, die nicht aus dem Steueraufkommen und anderen Einnahmen finanziert werden können. Das bedeutet, dass der die Gesamteinnahmen überschreitende Teil der Gesamtausgaben durch die Aufnahme von Krediten finanziert werden kann.

Nahezu stetiges Anwachsen des Schuldenstandes

Ausgehend von einem Schuldenstand in Höhe von 664 Mill. DM im Jahr 1952 stiegen die Schulden zunächst sehr stark an, sodass eine Verdoppelung bis 1957 verzeichnet wurde. In jenen Jahren hatten die Alt-schulden ein großes Gewicht. Es handelte sich hierbei um die bis zum 20. Juni 1948, dem Tag der Währungsreform, entstandenen Ausgleichsforderungen. Größere Bedeutung hatten auch die Schulden bei öffentlichen Haushalten, die insbesondere Geld für den dringend notwendigen Wohnungsbau bereitstellten.

Den ersten Jahren mit einer hohen Neuverschuldung folgten Jahre mit geringeren Zuwachsraten, in denen zwar die Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreditmarkt zurückgefahren wurden, die übrigen öffentlichen Haushalte jedoch erhebliche zusätzliche Mittel gewährten. Hervorzuheben ist hier besonders der Bund, der für den Bau von Wohnungen weitere Kredite gewährte, wobei die Zuwachsraten zu Beginn der 60er-Jahre immer geringer wurden. In diesen Jahren, nämlich von 1961 bis 1963, konnte das Land seinen Schuldenstand reduzieren, und zwar um insgesamt fast 10% auf

Schulden des Landes 1952-2000 nach Schuldenarten¹⁾

Schuldenart	1952	1960	1970	1980	1990	1999	2000
	1 000 DM						
Kreditmarktschulden	577 630	811 815	2 025 490	8 872 891	20 734 223	35 014 104	35 881 372
Ausgleichsforderungen	534 802	399 456	344 246	266 116	160 814	-	-
Wertpapierschulden	24 070	186 500	751 900	187 914	930 000	9 452 432	9 572 139
Schulden bei							
inländischen Banken und Sparkassen	70	166 368	860 912	7 673 046	15 350 123	24 585 767	25 198 596
sonstigen Stellen	18 688	59 491	68 432	745 815	4 293 286	975 905	1 110 637
Schulden bei öffentlichen Haushalten	86 405	738 100	685 684	770 798	1 219 148	1 161 031	1 130 780
beim Bund und beim Lastenausgleichsfonds	86 405	735 656	684 498	770 612	1 219 041	1 161 018	1 130 780
für Wohnungsbau	-	666 968	649 727	766 358	1 215 516	1 161 004	1 130 767
für sonstige Zwecke	-	68 688	34 771	4 254	3 525	14	13
beim ERP-Sondervermögen	-	2 444	1 186	186	107	13	-
I n s g e s a m t	664 035	1 549 915	2 711 174	9 643 689	21 953 371	36 175 135	37 012 152

1) 1952 Schuldenstand am 31. März 1952; ab 1960 Schuldenstand am 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

1 401 Mill. DM im Jahr 1963. Diese Phase des Schuldenabbaus blieb bis jetzt ein einmaliges Ereignis in der Geschichte des Landes.

Das Jahr 1963 markierte gleichzeitig eine Wende in der Schuldenpolitik des Landes. Erfolgte in den davor liegenden Jahren die Neuverschuldung überwiegend bei den öffentlichen Verwaltungen, war also quasi nur eine interne Verschuldung innerhalb des gesamten öffentlichen Bereichs, wandte sich das Land danach vermehrt an den Kreditmarkt, hier vorwiegend an die inländischen Banken und Sparkassen. Im Jahr 1963 hatte der Anteil der Schulden bei öffentlichen Haushalten mit 55% den höchsten Wert erreicht, seither ist er kontinuierlich gesunken und liegt heute bei 3,1%. Die Mittel werden nach wie vor überwiegend vom Bund und vom Lastenausgleichsfonds für den Wohnungsbau bereitgestellt.

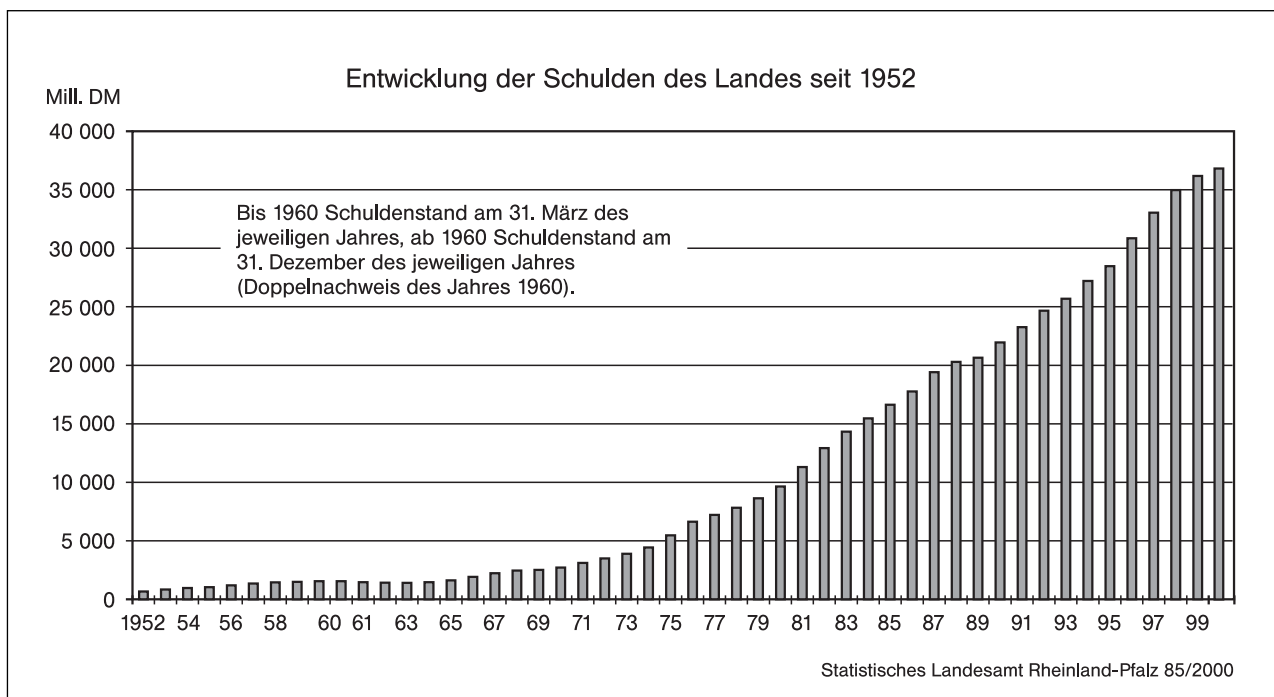
Die Jahre von 1964 bis 1983 waren durch sehr hohe Zuwächse gekennzeichnet, die dazu führten, dass der Schuldenstand sich um mehr als 1 000% auf 14 328 Mill. DM im Jahr 1983 erhöhte. Von 1963 bis 1970 verdoppelte sich der Schuldenstand auf 2 711 Mill. DM. Abermalige Verdoppelungen wurden bis 1975 auf 5 473 Mill. DM und anschließend bis 1981 auf 11 300 Mill. DM registriert. Die hohe Nettokreditaufnahme in diesen Jahren wurde aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse und der Konjunkturprogramme des Bundes, die mit zu finanzieren waren, akzeptiert. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die 70er-Jahre in sehr viel stärkerem Maße durch inflationistische Preisauftriebstendenzen gekennzeichnet waren als die beiden vorangegangenen Dekaden.

Seit 1984 konnte die Neuverschuldung spürbar begrenzt werden, sodass die jährlichen Steigerungsraten zum Teil deutlich unter 10% gehalten werden konnten. Dabei ist jedoch keine eindeutige Tendenz erkennbar, die beispielsweise eine kontinuierliche Verringerung der Zuwächse nachweisen würde. Am niedrigsten war

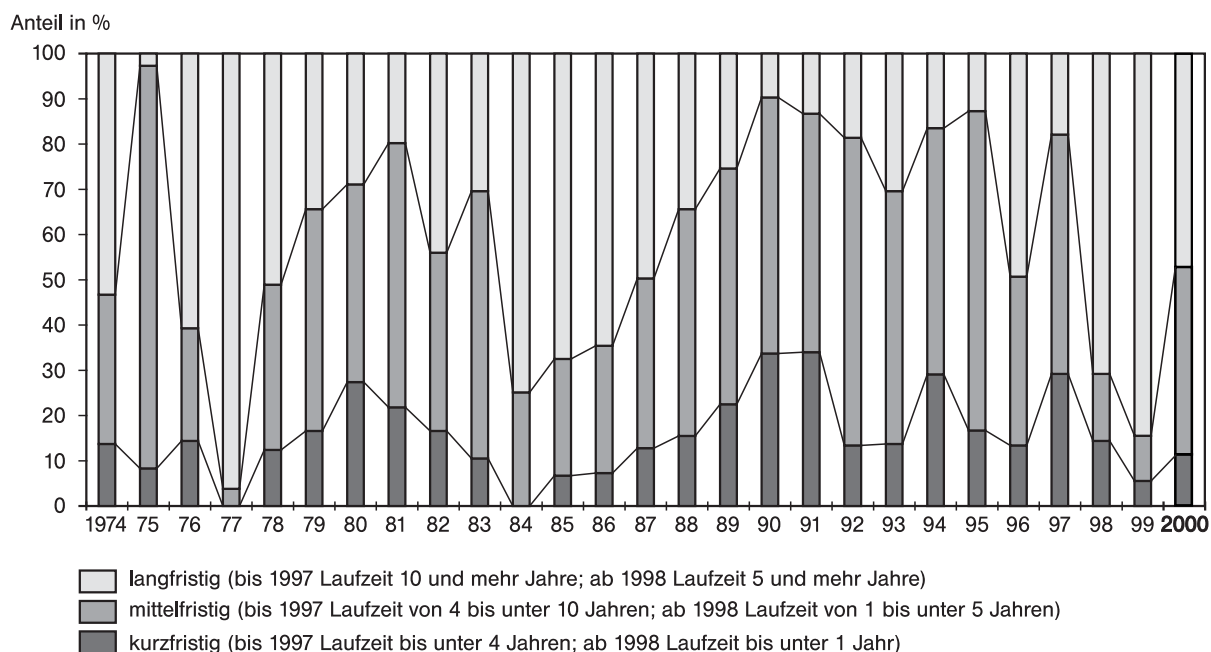
der zusätzliche Kreditbedarf 1989 mit +1,8%, am höchsten 1987 mit +9,3%. Trotz des im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren moderaten Anstiegs des Kreditvolumens verdoppelte sich der Schuldenstand bis 1995 abermals auf 28 470 Mill. DM. Hauptgläubiger des Landes waren nach wie vor inländische Banken und Sparkassen. Die noch nicht getilgten Ausgleichsforderungen – 1994 waren es noch 109 Mill. DM – sind 1995 nach der Auflösung des bei der Deutschen Bundesbank eingerichteten Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen erloschen. Seit den 90er-Jahren nahm das Land in größerem Umfang auch Wertpapierschulden in Form von Landesobligationen und -schatzanweisungen auf, die bis zu über einem Viertel der Kreditmarktschulden insgesamt ausmachten.

Das Land hatte Ende 2000 Verbindlichkeiten von 37 012 Mill. DM, das waren 2,3% mehr als Ende 1999. Damit hatte die Verschuldung wie in den Vorjahren zugenommen, wobei die Zuwachsrate die niedrigste seit 1990 war. Auf jeden Einwohner entfielen 9 189 DM Landesschulden.

Durch den Maastricht-Vertrag hat die Beobachtung der Verschuldung eine zusätzliche Bedeutung bekommen. In die Berechnung der Konvergenzkriterien zur Überwachung der Haushaltslage und der Höhe der öffentlichen Schulden in den Mitgliedsländern der Währungsunion fließen auch die von den Bundesländern aufgenommenen Kredite ein. Die internationale Vergleichbarkeit der Daten gewährleistet der gemeinsame konzeptionelle Rahmen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Danach werden von den Kreditmarktschulden des Landes die Schulden bei der Sozialversicherung abgesetzt, addiert werden die Kassenverstärkungskredite, die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften und, falls die Wertpapierschulden unverzinsliche Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze enthalten, die Differenz zwischen dem Nominalwert und dem abgezinsten Wert (in der Schuldenstatistik werden diese



Schuldenaufnahme des Landes 1974-2000 nach der Laufzeit der Schulden



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 86/2000

Wertpapiere mit dem abgezinsten Betrag erfasst, nach dem Maastricht-Vertrag sind dagegen alle Schulden zum Nominalwert nachzuweisen).

Land bevorzugte längere Kreditlaufzeiten

Angesichts des zurzeit niedrigen Zinsniveaus bevorzugte das Land bei der Kreditaufnahme lange Laufzeiten von mindestens 5 Jahren. Im Jahr 2000 nahm das Land insgesamt 4 624 Mill. DM auf, davon entfielen 11,3% auf kurzfristige Schulden mit einer Laufzeit von unter 1 Jahr, 41,5% auf Schulden mit einer Laufzeit von 1 bis unter 5 Jahren und 47,2% auf langfristige Verbindlichkeiten. Gegenüber den beiden Vorjahren ist eine Verlagerung hin zu den mittelfristigen Schulden feststellbar. Ein Vergleich mit den Daten früherer Jahre wird durch die Tatsache gestört, dass 1998 die Einteilung der Kreditlaufzeiten an die Regelungen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen angepasst worden ist. Von 1974, dem Jahr der erstmaligen Erhebung der Laufzeiten, bis 1997 wurden als kurzfristige Kredite diejenigen bezeichnet, deren Laufzeit weniger als 4 Jahre betrug, als mittelfristig galten Laufzeiten von 4 bis unter 10 Jahren und als langfristig Laufzeiten ab 10 Jahre.

Über den gesamten Zeitraum betrachtet ist eine gewisse Präferenz für eine mittelfristige Laufzeit feststellbar, obgleich der langfristige Bereich in einigen Jahren eindeutig überwiegt. Der Anteil der kurzfristigen Mittel erreichte 1990 und 1991 mit einem Drittel den höchsten Wert, in den meisten Jahren bewegte er sich zwischen 10% und 20%.

Kassenverstärkungskredite – hierbei handelt es sich um Kredite, die zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe dienen – nahm das Land im Jahr 2000 in

Höhe von lediglich 110 000 DM auf, nachdem sie in den Vorjahren nicht notwendig waren. Im Zeitraum von 1970 bis 1976 sowie von 1986 bis 1996 wurden dagegen zum Teil erhebliche Mittel benötigt, am höchsten war der Betrag im Jahr 1995 mit 780 Mill. DM. Von 1977 bis 1985 wurden Kassenverstärkungskredite kaum gebraucht.

Kreditfinanzierungsquote unter 10%

Die Schulden des Landes haben in der Vergangenheit zugenommen, weil die Ausgaben größer waren als die Einnahmen. Wie sich die Ausgaben und Einnahmen des Landes zusammensetzen, wie sie sich im Zeitablauf entwickelten und wie sich daraus eine veränderte Haushaltsstruktur ergab, soll im Folgenden dargestellt werden.

Die Kreditaufnahme hat naturgemäß Auswirkungen auf den Haushalt des Landes. Einerseits verbessert sie die gegenwärtige Einnahmesituation und ermöglicht somit die Finanzierung von Aufgaben, andererseits führt sie zu einer Lastenverschiebung in die Zukunft, weil Ausgaben für Zins und Tilgung in Folgeperioden geleistet werden müssen. Da in der Regel Kredite nur zur Durchführung von Investitionen aufgenommen werden und die dadurch bereitgestellten öffentlichen Einrichtungen und Anlagen auch noch künftigen Generationen zugute kommen, erscheint es gerechtfertigt, sie über die Aufbringung der Mittel für den Schuldendienst an der Finanzierung zu beteiligen. Darüber hinaus führen wachsende Anforderungen an den öffentlichen Sektor nahezu zwangsläufig zu einer zunehmenden Verschuldung. Im Folgenden werden nur die Jahre ab 1979 betrachtet, weil als Folge der Ausgliederung der staatlichen Krankenanstalten die Vergleichbarkeit mit dem davor liegenden Zeitraum doch recht stark eingeschränkt ist.

Im betrachteten Zeitraum waren die Gesamtausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge größer als die Gesamteinnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge, sodass ein Defizit entstand, das durch Schuldenaufnahme gedeckt werden musste. Der negative Finanzierungssaldo bewegte sich zwischen 536 Mill. DM im Jahr 1989 und 2 034 Mill. DM im Jahr 1997. Besonders hoch war er in den Jahren 1994 bis 1998. In der laufenden Rechnung (hier werden die Konsumausgaben, wie beispielsweise die Personalausgaben, der laufende Sachaufwand, die Zinsausgaben usw. dargestellt) konnte das Land in den meisten Jahren einen Überschuss ausweisen, der zur Finanzierung der Kapitalrechnung, in der im Wesentlichen die Investitionen veranschlagt werden, beitrug. Lediglich in den Jahren von 1981 bis 1983 sowie 1997 und 1998 reichten die laufenden Einnahmen nicht zur Deckung der laufenden Ausgaben aus.

Weil der Kreditbedarf zur Schließung der Einnahmelücke in den einzelnen Jahren unterschiedlich groß ist, schwankt die Kreditfinanzierungsquote, ausgedrückt als Anteil der Nettokreditaufnahme an den Gesamtausgaben, mehr oder weniger stark, sodass eine eindeutige Entwicklung nicht erkennbar ist. Das Land finanzierte zum Teil deutlich weniger als 10% seiner Gesamtausgaben durch Kredite. Lediglich in den Jahren 1980 bis 1983 wurde dieser Wert überschritten, als bis zu 12,3% der Gesamtausgaben durch Nettokreditaufnahmen gedeckt wurden. Von 1990 bis 1999 bewegte sich die Quote zwischen 5,8% im Jahr 1992 und 9,6% im Jahr 1997.

Investitionen wurden überwiegend durch Kredite finanziert

Zur Finanzierung der Investitionen stehen dem Land neben Krediten auch die Zuweisungen für Investitionen, insbesondere des Bundes, und die übrigen Einnahmen, vor allem die Steuern, zur Verfügung. In allen Jahren lag die Neuverschuldung unter den Ausgaben für Investitionen, die sich aus der Summe der Sachinvestitionen sowie der Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen ergeben. Der Fremdmittelanteil zur Finanzierung der Investitionsausgaben des Landes unterlag in den einzelnen Jahren zwar mehr oder weniger großen Schwankungen, dennoch ist eine zunehmende Quote festzustellen. Im Jahr 1979 wurden 37,5% der Investitionen durch Kredite finanziert, im Jahr 1999 waren es 69,5%. Besonders hoch lag der Wert Anfang der 80er-Jahre und Ende der 90er-Jahre.

Da an bestimmten Investitionsvorhaben mehrere öffentliche Ebenen beteiligt sein können, werden die Finanzierungsanteile in Form von Zuweisungen gewährt. Diese Investitionszuweisungen, die insbesondere vom Bund kommen, deckten über den gesamten Zeitraum etwa ein Viertel bis ein Drittel der Investitionen des Landes. Sie waren am höchsten in der Zeit von 1979 bis 1985 sowie von 1989 bis 1992, als sie zwischen 34,4% und 30% der Investitionen des Landes finanzierten. Seit 1993 liegt die Quote bei knapp über einem Viertel. Diese Zuweisungen sind zweckgebundene Mittel für im Zeitablauf unterschiedliche Förderprogramme, in den letzten Jahren vor allem für den Straßenbau, für die Städtebauförderung und für die Hochschulen.

Ausgaben des Landes 1979-1999 nach Ausgabearten

Jahr	Gesamtausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge	Laufende Rechnung				Kapitalrechnung		
		zusammen	darunter			zusammen	darunter	
			Personalausgaben	Zinsausgaben	laufende Zuweisungen und Zuschüsse		Sachinvestitionen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen
1 000 DM								
1979	10 264 621	8 254 367	4 203 060	533 688	2 438 601	2 010 254	530 219	1 238 437
1980	11 077 869	8 933 418	4 536 236	594 837	2 965 422	2 144 451	574 187	1 334 832
1981	11 676 758	9 566 629	4 805 118	706 902	3 163 846	2 110 129	531 509	1 322 955
1982	11 985 238	9 996 958	4 962 050	892 617	3 204 950	1 988 280	538 317	1 189 066
1983	12 206 392	10 296 070	5 121 970	1 024 724	3 216 366	1 910 322	526 896	1 094 593
1984	12 448 973	10 481 009	5 184 573	1 138 463	3 159 048	1 967 964	531 715	1 080 158
1985	12 921 776	10 863 387	5 340 818	1 235 332	3 241 715	2 058 389	608 339	986 114
1986	13 597 145	11 278 801	5 566 748	1 279 922	3 403 760	2 318 344	640 903	1 104 875
1987	14 117 238	11 790 262	5 764 321	1 322 262	3 654 522	2 326 976	619 112	1 133 491
1988	14 496 807	12 068 723	5 912 122	1 363 676	3 750 890	2 428 084	705 916	1 147 140
1989	15 280 235	12 625 792	6 068 609	1 393 224	4 053 859	2 654 443	829 030	1 303 338
1990	16 312 054	13 438 505	6 412 276	1 447 304	4 225 067	2 873 549	843 077	1 384 591
1991	17 475 661	14 405 344	6 884 786	1 543 899	4 654 895	3 070 317	823 707	1 569 804
1992	18 496 414	15 386 813	7 393 948	1 656 274	4 968 638	3 109 601	781 779	1 676 648
1993	19 216 404	16 129 932	7 712 173	1 695 401	5 310 857	3 086 472	701 690	1 632 384
1994	19 565 012	16 679 563	7 901 792	1 746 015	5 559 912	2 885 449	667 426	1 497 282
1995	20 291 577	17 311 362	8 238 046	1 699 589	5 820 564	2 980 215	711 359	1 562 091
1996	21 542 703	18 299 899	8 460 123	1 796 523	6 384 431	3 242 804	812 274	1 767 676
1997	21 276 395	18 304 346	8 552 001	1 877 242	6 220 683	2 972 049	835 694	1 584 548
1998	21 448 670	18 620 329	8 530 720	1 939 580	6 501 665	2 828 341	671 914	1 656 459
1999	21 694 095	19 005 524	8 790 418	2 011 441	6 472 785	2 688 571	690 265	1 567 501

Rückläufige Investitionsausgabenquote

Neben den Investitionen in eigene Projekte des Landes, den so genannten Sachinvestitionen, die im langfristigen Durchschnitt knapp ein Drittel der gesamten Investitionen ausmachen, beteiligt sich das Land durch Zuweisungen und Zuschüsse an Investitionsvorhaben anderer, insbesondere der Gemeinden. Die Investitionsausgaben des Landes beliefen sich 1999 auf 2 258 Mill. DM, davon waren 30,6% für Sachinvestitionen, vor allem für Baumaßnahmen, vorgesehen. Gegenüber 1979, als 1 769 Mill. DM investiert wurden, bedeutet das zwar eine Steigerung um 27,7%, gemessen an den Gesamtausgaben entwickelten sich die Investitionen jedoch rückläufig. Damals wurden 17,2% der Gesamtausgaben investiert, 1999 waren es 10,4%. Ebenfalls deutlich war der Rückgang der Sachinvestitionsquote von 5,2% auf 3,2%. Die Sachinvestitionen konzentrierten sich vor allem auf den Straßenbau und die Hochschulen, wobei im Zeitablauf verstärkt zu Gunsten des Hochschulbereichs investiert worden ist. Etwa 60% der Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen flossen an die Gemeinden, insbesondere für den Straßenbau, für die Wasserwirtschaft und die Verbesserung der Infrastruktur, für Schulen und Städtebau. Die übrigen 40% gingen an private und öffentliche Unternehmen sowie sonstige Stellen.

Die Entwicklung der Investitionsausgaben verläuft im Zeitablauf naturgemäß nicht kontinuierlich. Entsprechend den zu realisierenden Projekten ergeben sich Phasen mit einem sehr starken Anstieg, so in den Jahren 1980, 1989 und zuletzt 1996, aber auch mit einem

Rückgang, wie in den Jahren 1981 bis 1985, 1993 und 1994 sowie 1997 bis 1999. In den Jahren mit hohem Investitionszuwachsen wurde bis auf eine Ausnahme, nämlich 1989, auch die Neuverschuldung mehr oder weniger kräftig erhöht, während in den Jahren mit einem Investitionsrückgang meistens auch die Neuverschuldung geringer gehalten werden konnte.

Während der Haushalt des Landes durch das unterproportionale Wachstum der Investitionen relativ entlastet wurde, stieg die Belastung durch den Schuldendienst als Folge der zunehmenden Verschuldung. Für Zinsen gab das Land im Jahr 1979 noch 534 Mill. DM aus, 2 011 Mill. DM waren es 1999. Die Zinsen beanspruchten 1979 nur 5,2% der Gesamtausgaben, 1999 waren es dagegen 9,3%. Nur in den Jahren 1985 bis 1988 lag die Zinsausgabenquote als Folge des damals sehr hohen Zinsniveaus noch etwas darüber.

Neben den Zinsen gewinnen die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse im Landeshaushalt ein immer größeres Gewicht. Für laufende Zuweisungen und Zuschüsse gab das Land 1999 insgesamt 6 473 Mill. DM aus, 1979 waren es erst 2 439 Mill. DM. Das führte zu einem Anstieg des Anteils an den Gesamtausgaben von 23,8% auf 29,8%. Hierbei handelt es sich in erster Linie um die Finanzzuweisungen an die Gemeinden, die sich 1999 auf 3 433 Mill. DM beliefen und sich damit seit 1979 mehr als verdreifacht haben, sowie um Sozialhilfeleistungen und Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen. Sie sind seit 1979 auf 1 583 Mill. DM gestiegen und haben sich fast verdoppelt. Beträchtlich zugenommen haben auch die Zuschüsse für laufende

Einnahmen des Landes 1979-1999 nach Einnahmearten

Jahr	Gesamteinnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge	Laufende Rechnung				Kapitalrechnung			
		zusammen	darunter			zusammen	darunter		
			Steuern und steuerähnliche Abgaben	Gebühren, Verwaltungseinnahmen, Mieten	laufende Zuweisungen und Zuschüsse		Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	Darlehensrückflüsse	Veräußerung von Beteiligungen
1 000 DM									
1979	9 604 869	8 847 255	6 470 440	483 976	1 850 269	757 614	608 992	92 697	-
1980	9 968 968	9 247 011	6 834 584	537 871	1 825 176	721 957	574 690	90 921	-
1981	10 101 956	9 350 205	6 777 396	572 467	1 950 283	751 751	576 628	92 705	-
1982	10 496 127	9 662 486	7 112 514	571 073	1 930 049	833 641	542 281	204 100	2 416
1983	10 844 488	10 107 186	7 456 628	591 985	1 997 299	737 302	526 769	126 522	-
1984	11 309 858	10 543 284	7 863 063	610 107	2 003 742	766 574	542 978	129 184	-
1985	11 822 744	11 101 037	8 255 873	624 817	2 158 218	721 707	495 453	127 126	-
1986	12 242 098	11 599 914	8 446 931	650 175	2 459 910	642 184	431 877	101 829	-
1987	12 726 910	12 128 098	9 054 581	656 307	2 380 539	598 812	412 150	101 233	-
1988	13 561 351	12 932 357	9 650 744	675 839	2 570 482	628 994	437 162	112 783	4 600
1989	14 743 895	13 894 508	10 394 430	725 094	2 744 063	849 387	647 953	119 657	-
1990	14 930 374	13 964 652	10 217 191	783 909	2 933 351	965 722	669 331	110 937	95 174
1991	16 059 036	15 055 785	10 993 268	786 688	3 240 006	1 003 251	804 430	136 693	5 881
1992	17 412 337	16 421 198	11 811 325	828 203	3 743 701	991 139	809 391	125 624	-
1993	17 979 630	17 111 608	12 211 925	860 500	3 982 626	868 022	638 693	180 371	3
1994	17 945 978	17 137 355	12 148 677	948 870	3 985 660	808 623	585 739	167 035	642
1995	18 632 492	17 711 489	13 007 907	998 133	3 655 459	921 003	637 815	223 046	240
1996	19 543 572	18 463 547	13 263 343	935 268	4 209 393	1 080 025	634 816	193 514	202 002
1997	19 242 240	18 173 557	12 984 708	936 151	4 198 162	1 068 683	614 727	209 475	183 884
1998	19 534 971	18 458 714	13 533 508	976 301	3 887 569	1 076 257	616 365	262 823	144 684
1999	20 407 750	19 556 461	14 424 038	972 573	4 103 949	851 289	540 905	273 290	43

Zwecke an öffentliche Unternehmen, die sich von 92 Mill. DM im Jahr 1979 auf 927 Mill. DM im Jahr 1999 erhöhten. Ebenfalls erheblich ausgeweitet wurden die sonstigen Zuschüsse für laufende Zwecke an Körperschaften, Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen, die Aufgaben erfüllen, die denen des Staates entsprechen, und die deshalb im Wesentlichen aus Zuschüssen des öffentlichen Bereichs finanziert werden, wie z. B. die Industrie- und Handelskammern. Diese Zuschüsse stiegen von 68 Mill. DM im Jahr 1979 auf 268 Mill. DM im Jahr 1999.

Den größten Ausgabeposten bilden nach wie vor die Personalausgaben. Da sie aber nicht so stark gestiegen sind wie die Ausgaben insgesamt, führten sie nicht zu einer zusätzlichen Belastung für den Gesamthaushalt. Gemessen an den Gesamtausgaben haben sie einen in den einzelnen Jahren schwankenden Anteil an den Gesamtausgaben zwischen 39,3% in den Jahren 1990 und 1996 sowie 42% im Jahr 1983. Bei einem längerfristigen Vergleich ist erkennbar, dass die Personalausgabenquote in den 80er-Jahren bei durchschnittlich 41% lag und in den 90er-Jahren auf durchschnittlich 40% gesunken ist, was den Erfolg der Bemühungen zur Begrenzung der Personalausgaben bestätigt. Werden nur die laufenden Ausgaben als Vergleichsmaßstab gewählt, zeigt sich, dass die Personalausgaben sogar noch deutlicher an Gewicht verlieren, weil die oben beschriebenen laufenden Zuweisungen und Zuschüsse sowie die Zinsen überproportional stark anwachsen. Auch der laufende Sachaufwand stagniert, denn er bindet über den gesamten Zeitraum betrachtet bei relativ geringen Schwankungen etwas weniger als 7% der Gesamtausgaben.

Steuern prägen Einnahmenseite des Landeshaushalts

Auf der Einnahmenseite dominieren die Steuern, die langfristig knapp 69% zu den gesamten Einnahmen bei-

tragen. Die Quote bewegte sich zwischen 67,1% im Jahr 1981 und 71,2% im Jahr 1988. Relativ gesehen hat die Bedeutung der Steuern als Finanzierungsquelle für das Land abgenommen, denn die Quote lag in den 90er-Jahren knapp einen Prozentpunkt unter dem Wert in den 80er-Jahren. Über den gesamten Zeitraum hinweg haben sich die Steuern nicht kontinuierlich entwickelt. Jahren mit starken Zuwächsen, wie 1987, 1989, 1991, 1992 und 1995, in denen die Steuereinnahmen jeweils um mehr als 7% stiegen, stehen Jahre mit einem Rückgang um bis zu 2,1% wie 1981, 1990, 1994 und 1997 gegenüber.

Die zweitwichtigste Einnamekomponente bilden die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse, die hauptsächlich vom Bund gewährt wurden. Sie umfassten 20% der gesamten Einnahmen. Sie flossen in den 90er-Jahren reichlicher als in den 80er-Jahren, sodass sich ihr Anteil von 18,7% auf 20,9% erhöhte. Die Gebühreneinnahmen, die sonstigen Verwaltungseinnahmen, die Erstattungen sowie die Mieten und Pachten stellten 5% der gesamten Einnahmen, wobei die jährlichen Schwankungen sehr gering waren.

Die Einnahmen der Kapitalrechnung – hierbei handelt es sich vor allem um die Investitionszuweisungen des Bundes und die Darlehensrückflüsse – trugen langfristig 5,7% zu den gesamten Einnahmen bei. Auch hier ging der Anteil in den 90er-Jahren auf 5,3% zurück, nachdem er in der vorhergegangenen Dekade noch bei 6,2% lag. Die Veräußerung von Beteiligungen führte von 1996 bis 1998 zu nennenswerten Mehreinnahmen für den Landeshaushalt in Höhe von insgesamt 531 Mill. DM, während in der Zeit von 1979 bis 1995 lediglich 109 Mill. DM verfügbar waren. 1999 beliefen sich diese Einnahmen auf lediglich 43 000 DM.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping